



Manifest der USKRE für die Europawahl 2009

Sozialdemokratische Kommunal- und Regionalpolitiker für ein soziales und demokratisches Europa mit den Menschen für die Menschen

*„Wir wollen eine stärkere Rolle der Regionen und Kommunen in Europa,
damit ihre wachsende Rolle bei der Umsetzung von EU-Politik widerspiegelt wird
und die Erörterung von Europapolitik auf lokaler und regionaler Ebene gefördert wird.
Die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas wollen wir anerkennen und pflegen,
denn sie ist ein großer Reichtum und Kern unserer Identität.“
Manifest der SPE zur Wahl des Europäischen Parlamentes 2009*

Die Europawahl 2009 ist wichtig für die Kommunen und Regionen –

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament stehen für ein soziales und demokratisches Europa.

Die 493 Mio. Menschen in der Europäischen Union leben in weit über 90.000 Städten und Gemeinden. Die Kommunen und Regionen organisieren das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen und tragen maßgeblich zur Sicherstellung wirtschaftlicher Prosperität, kultureller Vielfalt und des sozialen Zusammenhalts bei. Die Kommunen und Regionen bilden das eigentliche Fundament der europäischen Demokratie und Gesellschaft.

Europa ist unsere Zukunft – die Frage, ob wir Europa benötigen, stellt sich nicht. Vielmehr lautet die Frage, **welches** Europa wollen wir. Für uns Sozialdemokraten muss Europa unsere Antwort auf die Globalisierung sein, auf der Grundlage von Chancengleichheit und Solidarität, wobei der Mensch und nicht der Profit im Zentrum der Politiken steht.

Die gesellschaftlichen Ungleichheiten in der gesamten Europäischen Union nehmen zu. Diese Entwicklung wird durch die globale Finanzkrise und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgen verstärkt. Auch die Folgen des Klimawandels stellen eine immer größer werdende Herausforderung dar. Angesichts der globalen Herausforderungen erwarten wir, dass die Mitgliedsländer der EU noch stärker zusammenrücken und in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen.

Heute stellen die Regierungen, die für den Wirtschaftsliberalismus eintreten, eine überwältigende Mehrheit im Europäischen Rat, was sich auch in der Besetzung der Europäischen Kommission niederschlägt. Die Politik der Konservativen und Neoliberalen bietet jedoch ebenso wenig Antworten auf die sich stellenden Herausforderungen, wie die unsachliche und inakzeptable Phrasendrescherei von Populisten und Extremisten.

Die Europawahl 2009 ist eine Richtungsentscheidung: Die Sozialdemokraten treten für ein soziales Europa, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht. In ihrem Manifest von Madrid zeigen die europäischen Sozialdemokraten auf, wie sie eine gerechtere und sicherere Gesellschaft schaffen wollen, die sich den aktuellen Herausforderungen stellt. Die Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas unterstützen nachdrücklich das Manifest der SPE für die Europawahl 2009, das die wichtige Rolle der Kommunen und Regionen ausdrücklich betont.

Die Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas begrüßen, dass das Gewicht des Europäischen Parlamentes im europäischen Gesetzgebungsprozess mit dem Vertrag von Lissabon weiter zunehmen wird. Wie im Vertrag festgelegt, wird das Mitentscheidungsverfahren zum Regelverfahren der Rechtsetzung der EU. In diesem Verfahren ist das Europäische Parlament neben dem Rat der EU gleichberechtigter Akteur im Gesetzgebungsprozess. Zusammen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ist das Europäische Parlament damit in entscheidender Weise an der Weichenstellung für die Zukunft Europas beteiligt.

Bei der Vielzahl der Bereiche, in denen die EU Kompetenzen zur Rechtsetzung und Politikgestaltung inne hat und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die EU in vielfältiger Weise Einfluss auf kommunales Handeln nimmt, ist die Wahl des Europäischen Parlamentes auch für die Kommunen und Regionen Europas von herausragender Bedeutung.

Eine starke SPE-Fraktion im Europäischen Parlament bildet die einzige Chance, um das europäische Aufbauwerk wieder auf ein soziales Europa auszurichten. Die SPE-Fraktion ist stets ein wichtiger und zuverlässiger Partner der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas gewesen. **Wir, die Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas, verpflichten uns, alles in unserer Macht stehende zu tun, um zum Erfolg bei der Europawahl 2009 beizutragen, insbesondere indem wir unseren MitbürgerInnen anhand konkreter Beispiele veranschaulichen, wie eine Mehrheit der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ihren Lebensalltag verbessern wird.**

Unsere Prioritäten:

Wir, die Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas, verpflichten uns in unserem tagtäglichen Handeln und über die Europawahl hinaus unsere gemeinsamen Werte der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit und des Ausbaus der Demokratie in unseren lokalen Politiken lebendig werden zu lassen und unsere gegenseitigen Kontakte zu vertiefen. Im Sinne eines sozialen und progressiven Europa setzen wir uns insbesondere für folgende Prioritäten ein:

1. Rolle der Kommunen und Regionen in Europa stärken! - Europa schöpft große Kraft aus der Vielfalt seiner Kommunen und Regionen.

Kommunen und Regionen haben eine unverzichtbare Rolle bei der Ausgestaltung eines sozialen Europas, das auf den Grundsätzen von Solidarität, Bürgernähe und Subsidiarität aufbaut. Von herausragender Bedeutung ist ihre zentrale Rolle bei der Sicherstellung der Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge. Der Vertrag von Lissabon sieht die Verstärkung der Rolle und der Selbstverwaltung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vor und bekräftigt die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips. Die USKRE fordert nachdrücklich die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon. In jedem Fall müssen sämtliche dieser Elemente umgesetzt werden:

- **Das soziale Europa braucht starke und handlungsfähige Kommunen und Regionen**
Das gemäß der Charta des Europarates definierte und im Vertrag von Lissabon anerkannte Recht der kommunalen Selbstverwaltung muss beachtet und gestärkt werden.
- **Das Subsidiaritätsprinzip** muss integral zur Anwendung kommen: Soviel Europa wie nötig, soviel Verantwortung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene wie möglich. Die administrativen und finanziellen Auswirkungen europäischer Rechtsvorschriften auf die lokale und regionale Ebene müssen besser berücksichtigt werden.
- **Die Kompetenzen der Kommunen und Regionen sowie ihre Nähe zu den BürgerInnen müssen im Dienste des europäischen Aufbauwerkes besser eingesetzt werden.** Die kommunale Ebene kann durch ihre Kenntnis lokaler Bedingungen und Problemstellungen und ihren Sachverstand einen wichtigen Beitrag bei der Gestaltung einer bürgernahen Politik leisten. Sie kann eine genauere Einschätzung darüber treffen, inwieweit Gesetzesvorhaben und Projekte den Bedürfnissen der Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld entsprechen. Die Beteiligung der Gebietskörperschaften an den europäischen Entscheidungsprozessen muss noch weiter verstärkt, ihre Rolle als Akteure und Träger der Unionsbürgerschaft anerkannt und unterstützt werden – insbesondere getragen durch die gestiegene Rolle des Ausschusses der Regionen und die Aktivitäten der Verbände der Kommunen und Regionen auf europäischer Ebene.

2. Die Kommunen und Regionen ins Zentrum des Kohäsionsziels rücken

Europa hat sich das Ziel der **Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts** (Kohäsion) gesteckt. Vor dem Hintergrund der regional sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung in Europa und der sich daraus ergebenden sozialen Ungleichheiten muss ein gleichwertiger Zugang zu Infrastruktur und Wissen sowie eine nachhaltige Entwicklung mit dem Schutz der Natur und des Kulturerbes gesichert werden. Keine Politik kann in den Bereichen Bildung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Bekämpfung von Ausgrenzung, Unterstützung für die verschiedenen Altersgruppen und Umweltschutz ohne die Einbeziehung der Kommunen und Regionen umgesetzt werden. Sie spielen eine maßgebliche Rolle, um die Teilnahme aller BürgerInnen am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben auf der Grundlage des Solidaritätsprinzips zu ermöglichen. Voraussetzungen für eine echte Verwirklichung des Kohäsionsziels aus Sicht der USKRE:

- Die Durchführung einer **verstärkten Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene**, um der ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung der europäischen Regionen und den daraus entstehenden sozialen Ungleichheiten zu begegnen. Die Förderung strukturschwacher städtischer und ländlicher Regionen sowie von Stadtteilen mit sozialen Problemen stellt einen wichtigen Beitrag zum territorialen und sozialen Zusammenhalt Europas dar und sollte daher bei der Ausrichtung der EU-Strukturfonds noch stärker berücksichtigt werden. Dabei sollten die Förderung der regionalen Entwicklung strukturschwacher ländlicher Gebiete gegenüber Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft stärkeres Gewicht erhalten als bisher, und die Antragstellung sowie die Planungs- und Durchführungsverfahren weiter vereinfacht werden
- Eine **enge Partnerschaft** auf der Grundlage von Transparenz und gegenseitigem Respekt für die Umsetzung zwischen europäischer und nationaler Ebene und den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften und mit allen Vertretern der zivilgesellschaftlichen Kräfte.
- Eine **verstärkte Förderung von interkommunaler Zusammenarbeit**, sowie von **Städtepartnerschaften** und **kommunalen grenzübergreifenden und transnationalen Kooperationen** im Interesse des Zusammenwachsens Europas.

3. Kommunen und Regionen als Garanten für den Zugang aller zu den Leistungen der Daseinsvorsorge

Im Interesse der Menschen und eines sozialen Europas muss es den Kommunen und Regionen ermöglicht werden, dass sie weiterhin für die BürgerInnen effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot notwendiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gewährleisten können. Diese Dienstleistungen sind eine wesentliche Grundlage für den sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU und die Schaffung von Arbeitsplätzen und stellen einen entscheidenden Faktor bei der Gewährleistung der sozialen Teilhabe der Menschen. Speziell in strukturschwachen ländlichen Gebieten muss die Grundversorgung der Bevölkerung, d.h. eine Mindestausstattung mit Infrastruktur und ein Mindestangebot von Gütern und Dienstleistungen sichergestellt werden. Die USKRE bekräftigt ihre Forderung nach Schaffung von mehr Rechtssicherheit für die kommunalen Gebietskörperschaften im Hinblick auf Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse. In welcher Form mehr Rechtssicherheit hergestellt wird, ist dabei nicht entscheidend. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips müssen stets die historisch gewachsenen Strukturen der jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU berücksichtigt werden.

4. Kommunen und Regionen als Akteure bei der Sicherstellung sozialer Teilhabe

Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, im Sinne des Prinzips der Solidarität allen BürgerInnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der bei der Armutsbekämpfung und helfen der Überwindung anderer konkreter Notlagen. Die Sozialdemokraten setzen sich insbesondere dafür ein, dass mit einer flächendeckenden Kinderbetreuung, den Frauen die Möglichkeit der Ausübung ihres Berufes ermöglicht wird. Frühkindliche Erziehung und Bildung müssen weiter verbessert werden, um Chancengleichheit zu schaffen. Zudem müssen Rahmenbedingungen in den Kommunen geschaffen werden, die sicherstellen, dass älteren Menschen und Zuwanderern Chancen und Perspektiven für ein würdevolles Leben ermöglicht und eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet wird.

5. Kommunen und Regionen als Förderer der Gleichstellung von Mann und Frau

Die Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker setzen sich dafür ein, dass die Gleichstellung von Mann und Frau durch die lokale und regionale Demokratie gefördert wird. Dies muss berücksichtigt werden bei der Gestaltung der Politik in den Kommunen – beispielsweise wenn es um konkreten Aspekte des täglichen Lebens geht wie: Arbeitswelt, Wohnraum, Sicherheit oder öffentliche Verkehrsmittel. Zudem muss die Gleichstellung von Mann und Frau sowohl in der Verwaltung und in kommunalen Betrieben noch stärker gefördert werden. Wir wollen uns auch weiter dafür einsetzen, dass mehr Frauen in den Kommunal- und Regionalparlamenten in Europa Politik mitgestalten.

6. Kommunen und Regionen im Dienst der nachhaltigen Entwicklung

Nach Auffassung der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker muss das Innovationspotenzial der Kommunen und Regionen in der Bekämpfung des Klimawandels und in der Bewahrung des Naturerbes der Erde sowie ihre Fähigkeit der Einflussnahme auf das Verhalten der BürgerInnen besser genutzt und unterstützt werden, wenn wir eine nachhaltige Umweltpolitik durchführen wollen. Wie die EU-Kommission 2007 im Grünbuch „Anpassung an den Klimawandel in Europa“ festgestellt hat, spielen Kommunen und Regionen eine wichtige Rolle beim Klima- und Umweltschutz. Zu den Maßnahmen, die von Kommunen getroffen werden, zählen vor allem die Erzeugung und der Einsatz erneuerbarer Energien, die energetische Gebäudesanierung sowie auch die Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge. Weitere Maßnahmen bestehen in einer nachhaltigen regionalen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung. Dazu gehören Mobilitätskonzepte, die Verkehrsvermeidung und der Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel, wie den öffentlichen Personennahverkehr. Um den Gefahren des voranschreitenden Klimawandels wirksam zu begegnen, ist ein integrierter Ansatz notwendig, der auf Kooperation und eine Koordination der Politiken und Maßnahmen der EU und der nationalen sowie der regionalen und kommunalen Ebenen beruhen muss. Von Naturkatastrophen heimgesuchte Kommunen und Regionen müssen im Sinne der Solidarität eine bessere Hilfe durch die EU erfahren.

7. Kommunen und Regionen als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit

Europa kann und muss eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung einer gerechteren Welt spielen, in dem es Friedensprozesse, Demokratie, Finanzstabilität, die Bewahrung der Ressourcen und eine gerechte Aufteilung der Ressourcen fördert. Viele Kommunen in Europa setzen sich auf vielfältige Art und Weise in der Entwicklungszusammenarbeit ein. Die Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker bekennen sich im Sinne der Millenniumsziele und der Agenda 21 zu den Zielen der globalen Solidarität und der Nachhaltigkeit. Die Lebensgrundlagen der Menschen in Entwicklungsländern und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen müssen für alle Menschen und für alle Generationen erhalten und verbessert werden. Kommunale Partnerschaften können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Die europäische Ebene sollte die Kommunen als Akteure einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit noch stärker berücksichtigen und weitere Programme und Mittel zur Verfügung stellen, um die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.